

# Staatspolizei drängt auf erweiterte Kompetenzen

Um Schutz vor Spionage verbessern zu können

EBT-Chef Peter Griedling bekam Zwischenaplaus, als er bei der internen Weihnachtsfeier seinen Wunsch ans Christkind formulierte: „Bitte bring uns die erweiterte Gefahrenerforschung“. Er meint nachrichtendienstliche Kompetenzen für die Staatspolizei.

Die dem KURIER vorliegenden Daten der früheren DDR-Stasi dokumentieren, wie dicht im Kalten Krieg Ministerien, besonders exponierte Firmen und politische Parteien von Ostagenten unterwandert waren. Von Agenten, die heute für neue Herren weiter arbeiten.

Ein Problem besonders für die Wirtschaft. Bereits der leise Verdacht einer Sicherheitslücke im Betrieb kann wirtschaftlichen Schaden nach sich ziehen.

Die Personalchefs sind beim Kampf gegen „Maulwürfe“ auf sich alleine gestellt. Nach dem Stapo-Skandal Anfang der 90er Jahre wegen der angeblichen Bespitzelung von Mitarbeitern der Verstaatlichten beschränkt sich die Arbeit der Stapo heute auf den § 55 des Sicherheitspolizeigesetzes. Demnach dürfen die Beamten bei Sicherheitsüberprüfungen nach schriftlicher Zustimmung

des Betroffenen nur die vorhandenen Daten verarbeiten. Das reduziert sich auf Strafregisterauszug, eventuelle Entzüge von Führerschein und Waffenpass.

Nachdem sich die Stapo aus der Rüstungsindustrie zurückziehen musste, wühlten – wie Daten der Stasi zeigen – die DDR-Agenten dort ungehindert weiter.

Den Sicherheitsbedarf decken nun Privatdetektive ab. „Personenüberprüfungen gehören bereits zum täglichen Geschäft“, erklärt der Wiener Privatdetektiv Walter Pöchhacker. Das Vorleben eines Bewerbers und eventuelle Schwachstellen werden aufgeheilt. Etwa seltsame sexuelle Vorlieben oder Spielsucht. Alles, was erpressbar macht.

Darauf kann der Staat bei Postenbesetzungen nicht zurückgreifen. Die Stapo will deshalb „Waffengleichheit“ mit den Privatdetektiven. Michael Sika, Generaldirektor für öffentliche Sicherheit, fordert die erweiterte Gefahrenerforschung als „absolutes Muss für die nächste Legislaturperiode“. Ein erster Anlauf ist an der Uneinigkeit von ÖVP und SPÖ gescheitert.

**Wilhelm Theuretsbacher**

\*VERARBEITUNGSdatum: 10.07.1976  
DOK NR: D76.022781INF KAT: D001 ADINF NR: 5253 EERING DAT: EINS P DE: VII 2  
ELAKENTST DAT: T10 07 1976 ART UMFANG: B 685 1A7EINSCH: A IIIABS: III XV  
2090073QUELLE: PG: BEMERK: VERTEILER: FMD: K: OESTERREICH AUSZENPOLITIK  
EINSCHAETZUNG DDR PARTEITAG SED WIRTSCHAFTSPOLITIK HANDEL WESTBERLIN BRD TITEL A  
INTERNE AUSMERTUNG DER DIREKTIVE ZUM FUENFJAHRPLAN 1076980 DER DDR DURCH DIE  
OESTERREICHISCHE BOTSCHAFT IN DER DDR. DOK -NR. ZL. 247-RES076 VOM 8 JULI 1976

SIRA listet alle Berichte auf, die von Wiener Spitzeln stammen